

24.01.94**Empfehlungen
der Ausschüsse**VP - AS - EUzu **Punkt** der 665. Sitzung des Bundesrates am 04.02.94

Entschießung des Bundesrates zur Existenzfähigkeit der deutschen
Binnenschifffahrt im europäischen Rahmen

- Antrag der Freien Hansestadt Bremen -

A

Der **federführende Ausschuß für Verkehr und Post** und

der **Ausschuß für Fragen der Europäischen Union**

empfehlen dem Bundesrat, die Entschießung nach Maßgabe nachstehender Änderungen zu fassen:

1. Zu Abschnitt I - Eingangssatz

In Abschnitt I sind im Eingangssatz nach den Wörtern

"die Bundesregierung"

die Wörter

", insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen EU - Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994,"

einzufügen.

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Die bevorstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte für die Bundesregierung Anlaß und Gelegenheit geben, zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Binnenschifffahrt nicht nur im nationalen Bereich, sondern auch in der EU Maßnahmen vorzubereiten und zur Verabschiedung zu bringen, die die dringend notwendige Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in diesem Verkehrsbereich schaffen und die eine europäische Marktordnung für den Verkehrsträger Binnenschifffahrt herbeiführen.

...

2. Zu Abschnitt I Ziffer 1

In Abschnitt I ist die Ziffer 1 wie folgt zu fassen:

"1. Die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen ist auf europäischer Ebene durchzusetzen, d. h. die Übergangsfrist für die Freigabe der Kabotage in Deutschland ist bis zur Beseitigung des Tour-de-Rôle-Systems zu verlängern,"

Als Folge

ist im Abschnitt II (Begründung) folgender Satz voranzustellen:

"Die bevorstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte für die Bundesregierung Anlaß und Gelegenheit geben, zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Binnenschifffahrt nicht nur im nationalen Bereich, sondern auch in der EU Maßnahmen vorzubereiten und zur Verabschiedung zu bringen, die die dringend notwendige Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in diesem Verkehrsbereich schaffen und die einheitliche europäische Regelungen für den Verkehrsträger Binnenschifffahrt herbeiführen."

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Ein fairer Wettbewerb im Binnenmarkt erfordert unabdingbar einheitliche Wettbewerbsbedingungen. Hierzu gehört im Binnenschiffsgütermarkt die Abschaffung des Tour-de-Rôle-Systems. Dieses in einigen anderen EU-Mitgliedstaaten durchgeführte System stellt eine erhebliche Belastung für die deutsche Binnenschifffahrt dar. Es bietet durch das ihm zugrunde liegende Frachtzuteilungsverfahren und die Gewähr einer Mindestfracht den jeweiligen an Ort und Stelle befindlichen Binnenschiffahrtsunternehmen des anderen EU-Mitgliedstaates eine gesicherte wirtschaftliche Grundlage. Durch Mischkalkulationen im grenzüberschreitenden Verkehr können infolge dieses Systems deshalb Preisangebote unterbreitet werden, zu denen die deutsche Binnenschifffahrt betriebswirtschaftlich nicht in der Lage ist.

Die Zusammenhänge zwischen Tour-de-Rôle-System und der Kabotage, die am 01.01.1995 freigegeben werden soll, sind unbestreitbar. Falls die EU-Kommission der Forderung nach Abschaffung dieses Systems nicht entspricht, sollte die Bundesrepublik Deutschland Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens der betreffenden EU-Mitgliedstaaten erheben.

3. Zu Abschnitt I Ziffer 2

In Abschnitt I Ziffer 2 ist das Wort

"hilfsweise"

durch das Wort

(noch Ziffer 3)

"übergangsweise"

zu ersetzen.

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Die Neuformulierung bringt zum Ausdruck, daß eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im europäischen Rahmen kurzfristig nicht zu erreichen sein wird und deshalb nationale Maßnahmen für einen Übergangszeitraum in jedem Fall erforderlich werden. Im übrigen stellt das Tour-de-Rôle-System nicht die einzige Ursache für die angespannte Lage der Binnenschifffahrt dar; zu verweisen ist etwa auch auf die unterschiedliche Ausgestaltung von Sozialvorschriften.

4. Zu Abschnitt I Ziffer 2

In Abschnitt I ist die Ziffer 2 nach den Wörtern

"geschehen ist,"

wie folgt zu fassen:

"sind insbesondere folgende sichernde Maßnahmen einzuführen:

- die Bundesregierung möge im nationalen Rahmen Maßnahmen beschließen, daß
 - Mittel aus dem nationalen Haushalt zur Mitfinanzierung der gegenwärtig laufenden Abwrackaktion bereitgestellt werden und
 - steuerliche Begünstigungen zur Beschleunigung der Abwrackaktion eingeführt werden;
- die Bundesregierung möge sich bei der Europäischen Union dafür einsetzen, daß
 - Mittel aus dem Haushalt der EU zur Mitfinanzierung zur Abwrackaktion bereitgestellt werden,
 - die Rahmenbedingungen für den Verkehrsträger Binnenschifffahrt so verbessert werden, daß gleiche Wettbewerbsbedingungen erreicht werden und
 - entsprechend den Regelungen im Straßengüterverkehr Krisenklauseln auch für die Binnenschifffahrt in das Recht der EU aufgenommen werden;"

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Konkretisierung der Vorschläge des Antrages des Landes Bremen.

5. Zu Abschnitt I Ziffer 3

In Abschnitt I ist die Ziffer 3 nach dem Wort

"fortzuführen"

wie folgt zu ergänzen:

"und zu intensivieren, z. B. durch Erhöhung der Pönale, Änderung des Verhältnisses von hinzukommender Tonnage zu dafür abzuwrackender alter Tonnage bzw. durch eine Verschärfung der Kriterien für die Abwrackung von Schiffen"

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Notwendige Ergänzung und Konkretisierung im Hinblick auf die Notwendigkeit des Abbaues vorhandener Überkapazität.

6. Zu Abschnitt I Ziffer 5

In Abschnitt I ist Ziffer 5 wie folgt zu fassen:

"5. EU-einheitliche Sozial- und Besatzungsvorschriften für Binnenschiffe auf europäischen Wasserstraßen sind durchzusetzen."

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Notwendige Ergänzung zur Sicherung und Schaffung der Wettbewerbsgleichheit im europäischen Binnenschiffahrtsmarkt.

7. Zu Abschnitt II

In Abschnitt II Ziffer 3 ist

- Satz 2 zu streichen und
- sind die Sätze 3 und 4 wie folgt zu fassen:

"Mittelfristig können sich zwar neue Chancen durch die Aufhebung der Tarife ergeben, indem zusätzliche Gütermengen auf die Binnenschiffahrt umgeleitet werden. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß sich durch das Tarifaufhebungsgesetz die derzeit wirtschaftlich schlechte Lage der Binnenschiffahrt kurzfristig weiter verschärft."

(noch Ziffer 7)

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Es sollte ein deutlicher Hinweis auf die Risiken des Tarifaufhebungsgesetzes in seiner Auswirkung auf die Binnenschifffahrt gegeben werden.

B

8. Der **Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik** empfiehlt dem Bundesrat, die EntschlieÙung unverändert zu fassen.